Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 4. Juni 2009
Ausgabe 103

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **2**
› München ist Preisträger beim Bundeswettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2009" 2
› Ideenwettbewerb „open scale“ 3
› Vortrag „Auf den Spuren der bayrischen Königinnen” 4
Antworten auf Stadtratsanfragen **5**
› Ist der Coubertinplatz im Olympiapark ein Busparkplatz? 5

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **9**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Dienstag, 9. Juni, 11.30 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Bürgermeister Hep Monatzeder begrüßt Sheikh Hamdan bin Zayed Al Nahyan aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Dieser trägt sich im Beisein des Ehrenvorsitzenden der Emiratisch-Deutschen Gesellschaft, Gerhard Schröder, Bundeskanzler a.D., in das Große Gästebuch der Landeshauptstadt München ein.

Meldungen

(teilweise voraus)
München ist Preisträger beim Bundeswettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2009"
(4.6.2009) „Viele regionale Akteure aus den unterschiedlichsten Fachbereichen mit ins Boot nehmen, um effektiven Klimaschutz zu betreiben – das ist der Landeshauptstadt München mit ihrem Bündnis ‚München für Klimaschutz' hervorragend gelungen", lobte Staatssekretär Matthias Machnig vom Bundesumweltministerium gestern in Berlin einen der Preisträger des Bundeswettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2009". Bürgermeister Hep Monatzeder sagte: „Ich freue mich sehr über diese Auszeichnung, ist sie doch eine Bestätigung unserer engagierten Arbeit zusammen mit den zahlreichen Bündnispartnerinnen und -partnern. München ist beim Klimaschutz auf dem richtigen Weg." Umwelt- und Gesundheitsreferent Joachim Lorenz, der selbst nicht bei der Preisverleihung in Berlin dabei sein konnte, sagte zu der Auszeichnung: „Der Preis, eine so genannte Klimaschatz-Kiste im Wert von 10.000 Euro, ist den Wettbewerbsregeln entsprechend für den kommunalen Klimaschutz bestimmt. Wir werden das Preisgeld für weitere Aktivitäten des Bündnisses verwenden."
Kräfte bündeln für den Klimaschutz
Im Sommer 2007 hatte der Münchner Stadtrat für die Gründung des lokalen Bündnisses grünes Licht gegeben. Ziel ist es, wichtige Münchner Akteure aus Wirtschaft, Verwaltung, Verbänden, Wissenschaft, Politik, Institutionen und Medien zusammenzubringen, um gemeinsam schlagkräftig für einen wirksamen Klimaschutz anzutreten. Als Arbeitsgrundlage wurde die „Gemeinsame Erklärung" entworfen, in der sich die Bündnispartnerinnen und -partner verpflichten, ein Netzwerk von Akteuren aufzubauen, neue Ideen und Umsetzungsstrategien für den Klimaschutz zu entwickeln und

größtmögliche CO_2-Reduktionspotenziale für den Großraum München wirtschaftlich effizient zu erschließen. Um dies zu erreichen, wurde die fachliche und inhaltliche Arbeit auf vier Foren aufgeteilt: „Zukunftsfähige Energiebereitstellung", „Effiziente Energienutzung", „Konsequente Energieeinsparung" und „Nachhaltige Mobilität". Innerhalb dieser Foren werden, zum Teil in einzelnen Arbeitsgruppen, konkrete Klimaschutzprojekte erarbeitet. Neben der Entwicklung dieser Klimaschutzprojekte bietet der Zusammenschluss den beteiligten Partnerinnen und Partnern auch eine zentrale Informations- und Handlungsplattform. Bisher haben sich mehr als 80 renommierte Unternehmen, Firmen und Institutionen aus München und der Region dem Bündnis angeschlossen. In den vier Foren werden konkrete Projekte und Maßnahmen ausgearbeitet, die bereits erfolgreich angelaufen sind oder in Kürze starten werden.

Die Bevölkerung zum Klimaschutz motivieren

Zusätzlich zu den vier Foren hat sich der Arbeitskreis „Bildung und Öffentlichkeitsarbeit" gebildet. Seine Aufgabe ist es, die Münchner Bürgerinnen und Bürger ebenfalls für das Thema „Klimaschutz" zu sensibilisieren und zu einer klimafreundlichen Lebensweise zu motivieren.

Als Informations- und Kommunikationsplattform des Bündnisses wurde eine eigene Internetseite (*www.muenchenfuerklimaschutz.de*) eingerichtet. Beim Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2009", den das Bundesumweltministerium gemeinsam mit der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz" beim Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführt hat, wurden insgesamt 221 Beiträge in drei unterschiedlichen Kategorien eingereicht. Die Landeshauptstadt München hat sich mit ihrem Bündnis „München für Klimaschutz" in der Kategorie „Innovative und vorbildliche Strategien zur Umsetzung des kommunalen Klimaschutzes" beworben. In dieser Kategorie gab es 79 Bewerbungen, aus denen drei Gewinner ausgewählt wurden, die jeweils ein Preisgeld von 10.000 Euro erhalten. Weitere Infos zum Wettbewerb sowie Fotos von der Veranstaltung und vom ausgezeichneten Projekt unter *www.kommunaler-klimaschutz.de*

Ideenwettbewerb „open scale"

(4.6.2009) Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk stellt heute Abend die Siegerteams der ersten Wettbewerbsphase des interdisziplinären Ideenwettbewerbs „open scale – young & local ideas I münchen 2009" der Öffentlichkeit vor. 50 Teams beteiligten sich am Wettbewerb; sieben Beiträge wurden von der Jury in der vergangenen Woche zur weiteren Bearbeitung ausgewählt. Der Ideenwettbewerb „Open Scale" richtet sich an junge Akteure aus Architektur, Planung und anderen Disziplinen aus der Metropolregion München. Interdisziplinär zusammengesetzte

Teams waren aufgerufen, zukunftsweisende Fragestellungen für die Stadtentwicklung Münchens zu formulieren. Ausloberin ist die Landeshauptstadt München unter der Federführung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, Schirmherr ist Oberbürgermeister Christian Ude. Neben Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk sprechen auch Stephan Willinger vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung aus Berlin sowie Björn Bicker von den Kammerspielen München. Veranstaltungsort ist das Pathos transport theater, Dachauer Straße 110 d, Beginn: 19 Uhr. Weitere Informationen unter: *www.openscale-muenchen.de* oder telefonisch bei: Dina Straße, PlanTreff, Telefon 2 33-2 50 14. Presse: Sally Below Cultural Affairs: 0 30/69 53 70 80.

Vortrag „Auf den Spuren der bayrischen Königinnen"

(4.6.2009) Am 9. Juni um 19 Uhr findet in der Stadtbibliothek Pasing, Bäckerstraße 9, die Bilderschau „Auf den Spuren der bayrischen Königinnen" mit der Referentin Angela Scheibe-Jaeger, Mitglied des Kulturforums München-West e. V., statt. In einem reich bebilderten Vortrag kann man einige Details aus dem königlichen Leben der „first ladies" der Wittelsbacher erfahren. Die „edlen Damen von blauem Geblüt" waren eigenwillige Persönlichkeiten, von deren Schönheit, Klugheit und Güte die Zeitgenossen schwärmten. Außerdem werden die wichtigsten Regionen ihres Wirkens rund um München vorgestellt. Weitere Informationen zu diesem Vortrag sind in der Stadtbibliothek Pasing telefonisch unter 23 33 72 65 oder im Internet unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/pasing* erhältlich. Der Eintritt ist frei.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 4. Juni 2009

Ist der Coubertinplatz im Olympiapark ein Busparkplatz?
Anfrage Stadträtin Mechthild von Walter (ÖDP) vom 12.3.2009

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 12.03.2009 führten Sie als Begründung aus:
„Auf dem Coubertinplatz im Olympiapark parkten am Samstag, den 14.02.2009, nachmittags rund 100 Reisebusse aus ganz Deutschland. Bei etwa einem Drittel der Busse lief beständig der Motor. Es war nicht erkennbar, ob alle Busse die zur Einfahrt in die Münchner Umweltzone innerhalb des Mittleren Ringes notwendige Plakette besaßen."

Die in Ihrer Anfrage gestellten Fragen fallen in die Zuständigkeiten von Olympiapark München GmbH (OMG), Kreisverwaltungsreferat (KVR) und Referat für Stadtplanung und Bauordnung, von denen Stellungnahmen eingegangen sind, die im Folgenden zitiert werden.

Stellungnahme des Planungsreferats:
Vorbemerkung
Im vergangenen Jahr hat das Planungsreferat einen Grundlagenworkshop „Entwicklungsplanung Olympiapark 2018" durchgeführt. Hier wurden u. a. neue Handlungsspielräume und Optionen für eine künftige Entwicklung des Areals in und um den Olympiapark ausgelotet. Die Ergebnisse dieses Grundlagenworkshops fließen in die Vorarbeiten zur Entwicklungsplanung Olympiapark sowie in die anstehenden Planungen zur Bewerbung München 2018 ein. Ziel ist es, Konzepte zur Erhaltung, Verbesserung und Weiterentwicklung des Parks unter Berücksichtigung vorhandener und möglicher Zielkonflikte zu entwickeln.

Zu den Fragen 1 und 5:
Aus Sicht des Planungsreferates sind die Wege und Plätze des Olympiaparks soweit wie möglich von Einschränkungen freizuhalten, um den zahlreichen Parkbesuchern eine uneingeschränkte Nutzung zu ermöglichen. Sollten in Einzelfällen Erfordernisse bestehen, die ein Parken von Bussen auf den vorgesehenen Busparkplätzen nicht möglich machen oder die vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichen, so halten wir eine gemeinsame

Abstimmung und Suche nach Alternativen der Olympiapark München GmbH mit dem Kreisverwaltungsreferat und dem Planungsreferat für zielführend. Der hier praktizierten Lösung, Busse auf dem Coubertinplatz vorübergehend oder dauerhaft abzustellen, stehen wir äußerst kritisch gegenüber.
Wie in der Vorbemerkung aufgezeigt, werden vom Planungsreferat derzeit Konzepte zur langfristigen Qualitätssicherung und Entwicklung des Parks entwickelt. Dabei ist u. a. vorgesehen, gemeinsam mit der OMG den Parkraumbedarf in und um den Olympiapark für die künftigen Nutzungen in einer Verkehrsuntersuchung zu ermitteln und soweit erforderlich Anpassungen durchzuführen.

Frage 1:
Weshalb wurde der Coubertinplatz, ein Bereich, in dem ausschließlich Fußgänger und Radfahrer zugelassen sind, als Busparkplatz missbraucht und dies auch noch am Valentinstag, an dem besonders viele Spaziergänger unterwegs sind?

Antwort OMG:
„Am 14.02.2009 wurde in Abstimmung mit der örtlich zuständigen Polizeidienststelle PD West für die Nachmittagsvorstellung Holiday on Ice der Coubertinplatz kurzfristig für Busse zur Verfügung gestellt. Hintergrund waren schlechte Wetterbedingungen sowie der Umstand, dass diese Vorstellung erfahrungsgemäß von zahlreichen älteren und teilweise gebrechlichen Gästen besucht wird. Damit wurde diesen Besuchern ein kurzer Weg über den Eingang West der Olympiahalle zur Veranstaltung ermöglicht. Insbesondere wegen der an diesem Tag herrschenden schlechten Wetterbedingungen mit Rutschgefahr trug dieses Vorgehen zur Verminderung des Risikos für die Besucher der Veranstaltung bei. Wegen der Nutzung der Parkplätze im direkten Umfeld der Olympiahalle als Baustelleneinrichtung für die im Olympiapark derzeit durchgeführten Baumaßnahmen gibt es keine anderen nahegelegenen Stellflächen."

Frage 2:
Hat die Stadtverwaltung eine Sondernutzungserlaubnis für diese Nutzung erteilt, obwohl es doch in der Parkharfe im Olympiapark und am P&R-Parkplatz in Fröttmaning ausreichend Parkplätze für Touristenbusse gibt? Welche Gebühr wurde für die Sondernutzung erhoben?

Antwort OMG:
Nach Ansicht der OMG handelt es sich nicht um eine Sondernutzung, sondern um eine im Rahmen des Üblichen liegende und den besonderen Umständen angemessene Bewirtschaftung des Olympiaparkgeländes durch die Betreibergesellschaft OMG.

Frage 3:
Wie gedenkt die Stadtverwaltung in Zukunft gemeinsam mit der Polizei gegen das Laufenlassen von Motoren bei parkenden Bussen umzugehen? Wurden im konkreten Fall Verwarnungen und Bußgeldbescheide erlassen?

Antwort OMG:
„Obwohl die OMG als GmbH nicht Adressat der Fragestellung ist, und auch keine hoheitlichen Befugnisse wie die ebenfalls angesprochene Polizei besitzt, hat sie doch im Rahmen des ihr möglichen versucht, die ökologisch schädliche Unsitte des Laufenlassens des Motors bei stehendem Fahrzeug zu unterbinden, indem sie an die Busfahrer Handzettel mit dem Hinweis auf das strikte Verbot, den Motor bei stehendem Fahrzeug laufen zu lassen, verteilte."

Im Übrigen wird auf die eingangs zitierte Stellungnahme des Planungsreferats und die Beantwortung der Frage 4 verwiesen.

Frage 4:
Werden Reisebusse, die sich in einem Bereich innerhalb des Mittleren Rings begeben, auf Einhaltung der Vorschriften für die Umweltzone kontrolliert? Fand im konkreten Fall eine Kontrolle statt und mit welchem Ergebnis?

Antwort Kreisverwaltungsreferat:
„Die Umweltzone wurde zum Schutz der menschlichen Gesundheit und Umwelt eingeführt. Um einen größtmöglichen Effekt zu erzielen, gilt die Plakettenpflicht auch für Reisebusse.
Rechtsgrundlage für Kontrollen der Umweltplakette stellen § 24 StVG i. V. m. § 49 Abs. 3 Nr. 4 und Zeichen 270.1 bzw. 270.2 mit Zusatzzeichen zu § 41 Abs. 2 Nr. 6 StVO i. V. m. dem Bundeseinheitlichen Tatbestandskatalog für Verkehrsordnungswidrigkeiten dar. Das Bayerische Staatsministerium des Inneren vertritt den Standpunkt, dass nach derzeitiger Rechtslage Verstöße gegen die Umweltzone sowohl im fließenden als auch im ruhenden Verkehr verfolgt werden können.

Reisebusse, die innerhalb des Mittleren Ringes ohne Plakette abgestellt werden, werden von der Kommunalen Verkehrsüberwachung (HA III/13) im Rahmen des Streifendienstes verwarnt. In den fließenden Verkehr greift die Kommunale Verkehrsüberwachung nicht ein, hier wird die Polizei tätig.

Der Coubertinplatz gehört zur Olympiapark GmbH und wird seitens des Kreisverwaltungsreferates, Kommunale Verkehrsüberwachung, nicht überwacht."

Frage 5:
Wird die Stadtverwaltung in Zukunft die Nutzung der Fuß- und Radwege im Olympiapark als Parkplatz für Autos und Busse unterbinden?

Antwort der OMG:
„Da die Nutzung in Ausübung ihrer Verantwortung wie oben ausgeführt im Rahmen des ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebs der OMG erfolgt, ist ein Eingreifen der Stadtverwaltung nicht angezeigt."

Antwort Planungsreferat:
Auf die eingangs zitierte Stellungnahme des Planungsreferats wird verwiesen. Das Planungsreferat entwickelt derzeit Konzepte zur langfristigen Qualitätssicherung und Entwicklung des Parks u. a. auch im Hinblick auf die Parksituation.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 4. Juni 2009

Wann kommt eine dynamische Zuganzeige auf der Tramlinie 19 an der Haltestelle an der Oper?
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU)

Taten statt Worte bei der Bekämpfung der Wohnungsnot in München
Anfrage Stadtrat Robert Brannekämper (CSU)

Ausstieg aus den Atomkraftwerken Isar I und II
Antrag Stadträtin Mechthild von Walter (ÖDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Richard Quaas

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus-Marienplatz
80331 München

Anfrage
04.06.09

Wann kommt eine dynamische Zuganzeige auf der Tramline 19 an der Haltestelle an der Oper?

An der vielfrequentierten Haltestelle Nationaltheater am Max-Josef-Platz der Tramlinie 19 fehlt nach wie vor eine dynamische Zuganzeige, die es den wartenden Fahrgästen ermöglicht, die Wartezeit bis zum nächsten Zug abzuschätzen. Gerade an dieser Innenstadthaltestelle ist dies besonders wichtig, weil sich hier evtl. bei längeren Wartezeiten Alternativen bei U- und S-Bahn am Marienplatz und U-Bahn und Bus am Odeonsplatz anbieten. Außerdem ist die Linie 19 durch den langen Laufweg und Behinderungen immer wieder von Verspätungen betroffen, die längere Wartezeiten mit sich bringen. Da an dieser Haltestelle auch keine Lautsprecherdurchsagen möglich sind, bzw. erfolgen, sind die Fahrgäste gezwungen, bei Störungen längere Wartezeiten in Kauf zu nehmen.

Ich frage deshalb den Oberbürgermeister:

1. Beabsichtigt die MVG an der Haltestelle Nationaltheater der Tramlinie 19 eine dynamische Zuganzeige zu installieren?
2. Wenn ja, ist mit einer Installation in diesem Jahr noch zu rechnen?
3. Wenn nein, bis wann kann mit der Montage gerechnet werden, bzw. lässt sich diese Haltestelle in eine höhere Priorität einstufen?
4. Wie sind generell die Planungen und Zeitabläufe zur Installation der dynamischen Zuganzeigen im Netz der MVG und welche Prioritäten gibt es beim Ausbau dieses fahrgastorientierten Info-Systems?

gez.
Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: rquaas@yahoo.de
Tel.: dienstlich 210 140-53

Robert Brannekämper

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

ANFRAGE
München, den 3. Juni 2009

Taten statt Worte bei der Bekämpfung der Wohnungsnot in München

Warum torpediert die Lokalbaukommission die dringende Bitte des Sozialreferats, Wohnraum für bedürftige Familien zu schaffen?

Warum vernichtet die Stadtverwaltung die Chance auf den Bau einer Kindertagesstätte, die der Investor allein finanziert?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ude,

über das Handeln des Planungsreferats, das in krassem Gegensatz zu den öffentlichen Bekundungen der Stadtspitze und der Stadtverwaltung steht, bin ich – um es höflich auszudrücken – mehr als irritiert.

In München herrscht akute Wohnungsnot.

Der Sprecher des Planungsreferats erklärte deshalb am 20. März 2009 gegenüber der Abendzeitung:

»Wenn die Privaten nicht bauen, ist München ziemlich hilflos.«

Die angestrebte Versorgungsquote von 43% bei der Kindertagesbetreuung wird mit einem aktuellen Versorgungsgrad von 27,9% deutlich unterschritten. Daher hat die Landeshauptstadt München für die Jahre 2008–2012 im Haushalt

€ 800.000.000,00,--

(Schulen, Kindertagesstätten, Krippen) veranschlagt, um den ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung erfüllen zu können.

Durch den drastischen Einbruch der Steuereinnahmen ist zu befürchten, dass die Stadt aus eigener Kraft die Betreuungsplätze für Kinder nicht schaffen kann. Der Stadtkämmerer erklärte am 3. April 2009 gegenüber dem Bayerischen Rundfunk:

» Was München erlebt, ist sehr dramatisch. «

Um im Stadtbezirk 19 die problematische Wohnungssituation abzumildern, hat mit Schreiben vom 30. Juni 2008 das Amt für Wohnen und Migration das Planungsreferat dringend aufgefordert, ein ungenutztes Grundstück in Obersendling bebauen zu lassen.

Das Grundstück liegt umgeben von zwei dreizehnstöckigen Hochhäusern sowie Geschosswohnungsbau.

Dieses Grundstück liegt seit 40 Jahren brach. Der Bebauungsplan von 1967 sieht die Errichtung eines Kindergartens vor. Die Stadt hat diesen bis heute nicht verwirklicht.

Unmittelbar angrenzend hat die LBK statt der im Bebauungsplan über 40 Jahre festgesetzten Reihenhäuser einen Gewerbebau genehmigt. Im Jahre 1993 hatte das Planungsreferat dem Voreigentümer den Bau eines Wohngebäudes E + 2 ohne Kindertagesstätte genehmigt. Die Planung konnte wohl aus wirtschaftlichen Gründen damals nicht umgesetzt werden.

In einem aktuellen Bauantrag möchten das Sozialreferat und ein Münchner Bauherr jetzt neben einem Kindergarten 25 Wohnungen errichten. Der Bau der Kinderbetreuungseinrichtung würde dabei von privater Seite vollständig übernommen werden und die öffentliche Hand somit keinen Cent kosten!

Die Hauptabteilung Stadtplanung (HA II) hat am 8. Januar 2009 gegenüber dem Grundeigentümer die Zulässigkeit des Vorhabens in Aussicht gestellt. Sämtliche Nachbarn haben der Planung zugestimmt.

Deshalb wurde vor 3 Monaten ein Vorbescheidsantrag eingereicht.

- Die rechtliche Zulässigkeit der Bebauung hat der Bauherr durch ein knapp 30 Seiten starkes Rechtsgutachten von Herrn Prof. Dr. Heinrich Wolff, vormals Universitätsprofessor an der Ludwig-Maximilian-Universität München (Nachfolger von Herrn Professor Dr. Gallwas) und seit Herbst Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Frankfurt a.O. belegt.

- Das Einfügen des Baukörpers wird bestätigt durch eine städtebauliche Stellungnahme des weltweit tätigen Planungsbüros Professor Speer.

- Die verkehrliche Umsetzbarkeit wurde durch das Ingenieurbüro GEVAS bestätigt, das regelmäßig für die Landeshauptstadt München Verkehrsgutachten erstellt.

Die Errichtung einer Kindertagesstätte durch die Stadt würde Steuergelder von

über € 1.000.000,--

verschlingen. Im Zuge der Wohnbebauung würden alle Kosten für die Erstellung der Kindertagesstätte von privater Seite übernommen.

Völlig lapidar und ohne auch nur auf eines der Argumente des potentiellen Bauherrn einzugehen, hat die LBK nun mit Bescheid vom 4. Mai 2009 den Vorbescheidsantrag abgelehnt. Nun soll sogar nicht einmal mehr der Wohnraum geschaffen werden können, den die gleiche Behörde 1993 für zulässig angesehen hatte!

Dies, obwohl sich die Wohnungsnot seitdem dramatisch erhöht hat. Auch die kostenlose Schaffung einer Kindertagesstätte für die Allgemeinheit beeindruckt die Verwaltung nicht. Eine Bebauung E + 3 wird kategorisch abgelehnt. Kleinere Varianten sind unwirtschaftlich und führen zu einem weiteren Brachliegen des Grundstücks, damit zum Verlust von 14 Wohnungen und 24 Kindergartenplätzen.

Die Öffentlichkeit hat ein Interesse an der Aufklärung der Diskrepanz zwischen Reden und Handeln! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, bitte sorgen Sie dafür, dass in dieser Angelegenheit Reden und Verwaltungshandeln wieder in Übereinstimmung gebracht werden.

Ich frage Sie deshalb:

1. Ist es richtig, dass in München akute Wohnungsnot herrscht und sich die Situation seit 1993 weiter verschärft hat?

2. In der Rathaus-Umschau vom 22. Mai findet sich auf eine Stadtratsanfrage die unumwundene Antwort von Sozialreferent Graffe: „Derzeit sind Gewerberäume in München ausreichend vorhanden, während die Wohnungsnot drastische Ausmaße angenommen hat und sich noch weiter verschärfen wird.“ (Seite 9) – Trifft diese Aussage zu oder nicht?

3. Die rechtlichen Voraussetzungen einer Befreiung vom Bebauungsplan von 1967 sind erfüllt.

   a) Trifft es zu, dass die Abteilung Stadtplanung am 8. Januar 2009 gegenüber dem Investor erklärt hat, dass die Bebauung nicht die Grundzüge der Planung berührt?

   b) Trifft es zu, dass die Abteilung Stadtplanung in ihrer Stellungnahme zum Bauantrag einer Überschreitung des vorhandenen Bauraumes zugestimmt hat?

4. Warum setzt sich die LBK nicht mit den Argumenten aus dem Rechtsgutachten von Professor Wolff auseinander?

5. Warum übt die Stadtverwaltung ihr Ermessen gegen die Schaffung von Wohnraum aus?

6. Warum hat die Stadtverwaltung gegen den Bebauungsplan die Schaffung von Gewerbe statt von Wohnraum in der Hoerschelmannstraße zugelassen und verhindert nun die Schaffung von Wohnraum und damit die wirtschaftliche Grundlage für den Bau von 24 Betreuungsplätzen von Kindern?

7. Hat die Landeshauptstadt bei der nach wie vor nicht realisierten Kindertagesstätte in der Planegger Straße nicht bereits die schmerzhafte Erfahrung gemacht, dass eine Kindertagesstätte nur bei einem auskömmlichen Baurecht auch wirklich realisiert wird?

8. Ist es richtig, dass die Landeshauptstadt München in den nächsten Jahren die Kinderbetreuung erheblich ausbauen und hierfür weit über hundert Millionen Euro aufwenden muss?

9. Ist es richtig, dass sich durch den Rückgang der Gewerbesteuer die Finanzsituation der Stadt zusätzlich dramatisch verschlechtert?

10. Warum nutzt die Stadt nicht die Chance, ohne eigene Kosten einen Kindergarten zu schaffen, insbesondere nachdem die Stadt als Bauherrin der Kinderbetreuungseinrichtungen im Stadtbezirk Riem-Trudering (bei den Vorhaben Karpfen- und Everestsstraße) größte Probleme bei deren Realisierung hat?

gez. Robert Brannekämper, Stadtrat

Politik, die aufgeht. **ödp.**

ödp. Mechthild v. Walter, M.A., Klugstraße 38, 80638 München

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

4. Juni 2009

Antrag

Ausstieg aus den Atomkraftwerken Isar I und II

Die Stadtwerke München werden gebeten, dem Stadtrat den Zeitrahmen für den geplanten Ausstieg aus den Atomkraftwerken Isar I und Isar II und Möglichkeiten für ein Vorziehen dieses Ausstiegs darzulegen.

Begründung:

Die Atomkraftwerke Isar I und Isar II in Ohu stellen eine dauernde Gefährdung der Münchner Bevölkerung dar. Der laufende Betrieb bedeutet eine gesundheitliche Gefährdung, ein Super-GAU durch einen Flugzeugabsturz oder terroristische Angriffe ist jederzeit möglich und die Pannenstatistik der Firma e-on als Mitbetreiber der Atomkraftwerke weisen für die letzten Jahre zahlreiche meldepflichtige und erhebliche Störfälle aus – in den vergangenen drei Jahren ist es in Ohu zu mindestens 30 Störfällen gekommen. Ein sicheres Endlager für Atommüll gibt es nicht.

Dazu kommt, dass die Stadt München, die über die Stadtwerke München mit 25% an den AKWs Isar I und Isar II beteiligt ist, als Mitbetreiber und Gesamtschuldner im Falle eines atomaren Unfalls haftet und dass deshalb ein Atomgau in Ohu einen Finanzgau in München zur Folge hätte.

Wie sich aus einer seinerzeit vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Studie der Prognos AG ergibt, wird im Falle eines jederzeit möglichen atomaren GAUs in dicht besiedelten Gebieten, wie in der Region München, von einer Schadenssumme in einer Höhe von ca. 2,5 Billionen Euro ausgegangen. Andere fundierte Studien rechnen mit bis zu 5,5 Billionen. Dieser gigantischen Schadenssumme stehen derzeit nur ein Deckungspotential aus öffentlichen und privaten Mitteln in Höhe von schätzungsweise höchstens 50 Milliarden Euro gegenüber. Darin eingeschlossen sind schon die Beiträge der Betreiber eines Atomkraftwerkes, die angeblich mit ihrem ganzen Vermögen „unbegrenzt“ haften, deren Haftung aber letztlich durch das verfügbare Firmenkapital begrenzt ist.

Bei einer derartig dramatischen Unterdeckung von 2,45 Billionen würde dann auch die Landeshauptstadt München als Mitbetreiber und damit Gesamtschuldner mit allen finanziellen Ressourcen unbeschränkt haften. Diese Haftung würde München in den finanziellen Ruin treiben, da das Vermögen der Landeshauptstadt laut der konsolidierten Eröffnungsbilanz zum 1.1.2008 bei ca. 8,9 Milliarden liegt.

Politik, die aufgeht. **ödp.**

Ein Verkauf der städtischen Beteiligung von 25% ist keine Lösung dieses Problems - die Stadt würde nur ihre Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen, verlieren, während die Gefahr durch einen atomaren GAU unvermindert bestehen bliebe. Der einzige Ausweg ist der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomenergie, das Abschalten der Atomkraftwerke Isar I und Isar II. Nicht nur das Atomkraftwerk Belene in Bulgarien oder Temelin in Tschechien ist eine tickende Zeitbombe.

Eine Versorgungslücke ist durch das Abschalten von Isar I und Isar II nicht zu befürchten. Von den 17 noch laufenden deutschen Atomreaktoren lagen im Jahr 2008 zwei das ganze Jahr still und drei weitere haben rechnerisch allein für den Stromexport gearbeitet. Im Jahr 2008 erzielte Deutschland einen nie zuvor erreichten Stromexportüberschuss von 22,5 Milliarden Kilowattstunden. Das ist erheblich mehr als Deutschlands größtes Atomkraftwerk, das RWE-AKW Gundremmingen, produziert hat. Die Branchen der erneuerbaren Energien boomen und produzieren Strom ohne Risiken und unabhängig von Uran-Importen. Deutschlands Windkraftwerke haben im Jahr 2008 erstmals über 40 Milliarden Kilowattstunden geliefert und auch die Photovoltaik-anlagen haben 43 Prozent mehr eingespeist: 4,3 Milliarden Kilowattstunden.

Die Gewinne von e-on und den Stadtwerken aus den abgeschriebenen und gefährlichen Atomkraftwerken stehen in keinem Verhältnis zu den Bedrohungen durch einen Atomgau in Ohu – die unermesslichen Verluste müsste jedenfalls die Bevölkerung der Region München tragen.

Mechthild v. Walter
Stadträtin

Ökologisch-Demokratische Partei
im Münchner Rathaus
Mechthild v. Walter, M.A.,Stadträtin
Klugstraße 38, D-80638 München
Telefon 089-15 39 87, Fax15 12 63
mechthild.von-walter@muenchen.de
www.oedp-muenchen.de